

Der Plan für „Das moderne Deutschland“ - Nicht auf die Zukunft warten. Machen!

Zukunft, Gerechtigkeit und Europa. Das sind die Kernthemen des Plans, den Martin Schulz vor vielen Hundert Gästen auf der Veranstaltung „Das moderne Deutschland“ vorstellte. Er wird in die Zukunft investieren, damit unsere Kinder mindestens genauso gut leben können wie wir. Und zwar massiv: in Schulgebäude, in gut ausgebildete Lehrkräfte, in modernste Ausstattung – gemeinsam mit den Ländern und Gemeinden. Aber auch in schnelles Internet, gute Verkehrswege, Forschung und Entwicklung. Den Erwerbstätigen wird er ein „Chancenkonto“ zu Verfügung stellen, um fit für den Job zu bleiben oder auch um sich selbstständig zu machen. Europa will der Sozialdemokrat vom Kopf auf die Füße stellen und gemeinsam mit den Partnern ein neues Kapitel aufschlagen für mehr Solidarität untereinander.

Schulz zeichnet die moderne Gesellschaft der Zukunft, wie er sie als Bundeskanzler gestalten möchte. Vor allem geht es ihm darum, „in unsere Zukunft zu investieren, weil der Wohlstand unserer Kinder uns genauso wichtig, ist wie unser eigener.“ Dabei sollen alle gleichwertige Lebensverhältnisse haben – „in Nord, Süd, Ost und West.“ Der SPD-Kanzlerkandidat entwirft eine Zukunft, in der Frauen und Männer nicht nur auf dem Papier gleichberechtigt sind und wo „Familie und Beruf niemals doppelte Last, sondern doppelte Freude“ sind. „Ein modernes Deutschland braucht die Elektronikerin wie die Informatikerin, den Ingenieur wie den Altenpfleger, die Politikwissenschaftlerin wie den Polizisten. Jeder soll das machen können, was sie oder er am besten kann, dafür die richtige Ausbildung finden und vor allem den Respekt bekommen, den jedes Mitglied unserer Gesellschaft verdient.“

Zukunft:

Die beste Bildung für unsere Kinder

„Ich möchte ein Kanzler sein, der Probleme anpackt. Der dafür sorgt, dass wir endlich gemeinsame Bildungsstandards auf hohem Niveau erreichen“, so Schulz. In Richtung Union stellt er die Frage: „Was ist uns eigentlich wichtiger? Steuer-geschenke an Reiche zu verteilen oder dafür zu sorgen, dass es in der Schule nicht durchs Dach regnet und unsere Kinder dort auf die Toilette gehen können?“ Er will dafür sorgen, dass unsere Kinder mit den modernsten Materialien lernen, wir mehr Lehrerinnen und Lehrer einstellen und die Schulen in unserem Land saniert werden. Das Kooperationsverbot sei überholt: „Wir werden der bildungspolitischen Kleinstaaterei ein Ende machen.“ Es bedarf mehr Einheitlichkeit im Land: „Ein Jugendlicher, der in Rheinland-Pfalz auf die Realschule Plus geht und mit seinen Eltern nach Thüringen umzieht muss dort

problemlos weiterlernen können. Und wenn er dann die Oberstufe in Bayern absolvieren möchte, muss er dazu die gleiche Chance haben wie ein bayrischer Bub, der dort auf die Realschule gegangen ist.“ Um das zu schaffen, sei eine nationale Bildungsallianz von Nöten: „Mit den Schulen, den Universitäten, der Wirtschaft, den Ländern, den Städten und



Gemeinden und vor allem mit einem Bundeskanzler am Tisch – der sich dafür Zeit nimmt und nicht nur für rote Teppiche.“ Um ausreichend Geld für beste Bildung, aber auch für gute Straßen, Schienen, schnelles Internet, Forschung und Entwicklung zu haben, will Schulz den Staat verpflichten, bei deutlichen Haushaltsüberschüssen in die Zukunft zu investieren.

Gerechtigkeit:

Damit die Menschen etwas aus ihrem Leben machen können

„Ein modernes Deutschland braucht einen Staat, der seine Bürgerinnen und Bürger dabei unterstützt, aus ihrem Leben etwas zu machen! Der seinen Bürgern etwas zutraut!“, so Schulz. „Auch wer mitten im Leben steht, braucht Möglichkeiten, sich beruflich weiter zu entwi-

ckeln oder neu aufzustellen“. Er wolle „ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen, dabei die Menschen gegen die Risiken unserer Zeit absichern – das ist das moderne Deutschland!“. Um das zu schaffen will er für alle Beschäftigten ein persönliches Chancenkonto einrichten, das mit einem staatlichen Startguthaben ausgestattet ist. Dies könne für Weiterbildung, Qualifizierung und auch für Gründungen genutzt werden oder dafür, sich den Traum der Selbstständigkeit zu erfüllen. Schulz betont: „Für mich ist klar: Ein Staat muss Sicherheit bieten – auf der Straße genauso wie im Alter, im Erwerbsleben und im Gesundheitswesen. Er muss die großen Lebensrisiken solidarisch absichern.“

Staatliche Dienstleistungen und Behörden will Schulz massiv modernisieren. Der Staat soll online gehen, um für seine Bürgerinnen und Bürger da sein zu können – „und zwar 24 Stunden am Tag und 7 Tage die Woche“.

Europa:

Sich gemeinsam und solidarisch um Flüchtlinge kümmern

„Im modernen Deutschland können alle leben wie sie möchten, weil wir uns gegenseitig vertrauen. So entsteht ein „wir-Gefühl“, das wir auch für Europa brauchen.“ So unterstreicht Schulz seine Forderung nach mehr Solidarität innerhalb der Europäischen Union. Dabei stellt er den Umgang mit der Flüchtlingsfrage in den Mittelpunkt: „Das Mittelmeer wird auch in diesem Sommer ein Massengrab werden. Und wir werden weiter zuschauen, wenn wir nicht endlich zu einem neuen Miteinander in Europa kommen.“ Er will den EU-Haushalt daher als einen Solidaritätspakt organisieren, der nach dem Prinzip funktioniert: „Wir Deutsche sind

(Fortsetzung auf Seite 3)



SPD

Gabriele
Hiller-Ohm

Gemeinsam. Gerecht. Gabi!



24. September



STICHLING

„Gerechte Chancen für alle – das treibt mich an“ Interview mit der Lübecker Bundestagsabgeordneten Gabriele Hiller-Ohm

Die in Lübeck geborene und aufgewachsene SPD-Politikerin tritt erneut für die Bundestagswahl an und möchte ihr Direktmandat im Wahlkreis Lübeck verteidigen. Gabriele Hiller-Ohm, die vor ihrer Zeit im Bundestag als Redakteurin und an der Fachhochschule Lübeck tätig war, ist in Berlin tourismuspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion. Sie setzt sich auch im Ausschuss für Arbeit und Soziales dafür ein, dass Arbeit und Lohn passen, die Rente steigt, Armut bekämpft wird und Kinder gerechte Chancen bekommen.

Gabriele, Du vertrittst unsere Hansestadt im Bundestag. Du hast Deinen Hut auch für die kommende Wahl in den Ring geworfen. Was willst Du in Berlin und für Deinen Wahlkreis erreichen?

Mitmachen und mitgestalten – das ist für mich ganz wichtig. Ich bin seit meiner Schulzeit in unterschiedlichen Bereichen politisch aktiv. Vieles konnte für die Menschen zum Besseren verändert werden. Aber es gibt auch Probleme und neue Herausforderungen, für die wir Lösungen finden müssen. Ich möchte gerne erleben, dass wir die Schere zwischen arm und reich endlich weiter schließen, dass Armut und Kinderarmut keine Themen mehr sind und dass es gerechte Chancen für alle Menschen von Anfang an gibt. Ich wünsche mir eine Gesellschaft, in der alle gut leben können. Das treibt mich an.

Die Wirtschaft boomt und die CDU-Vorsitzende Angela Merkel wirbt in ihrem Wahlkampf für ein „Weiter so“. Warum reicht Dir das nicht?

Die Zahlen sagen, die Wirtschaftslage sei gut. Aber die Realität sieht häufig anders aus. Denn Wachstum ist nicht gleichzusetzen mit Gerechtigkeit. Es



gibt zu viele Menschen, die vom Wachstum nicht profitieren – auch bei uns in Lübeck. So sind die Löhne im unteren Sektor – wenn überhaupt – deutlich weniger gestiegen, als die der Besserverdienenden. Das ist ungerecht, denn die Leistung einer Altenpflegerin oder eines Erziehers kann doch wohl nicht so viel weniger wert sein wie die eines Managers.

Wie willst Du die Schere zwischen arm und reich schließen? Was sind Deine konkreten Vorstellungen?

Gute und sichere Arbeit mit fairen Löhnen ist ein ganz wichtiges Thema. Gleiche Arbeit muss gleich entlohnt werden, das gilt für die Leiharbeit genauso wie für die von Männern und Frauen. Den Niedriglohnssektor müssen wir eingrenzen und durch vernünftige sozialversicherte Arbeit ersetzen. Nur wer einen guten Job hat, kann sich im Alter auf eine existenzsichernde Rente verlassen. Hier sind Frauen besonders benachteiligt. Wir müssen es deshalb schaffen, dass Familie, häusliche Pflege und Beruf gerechter zwischen Männern und Frauen aufgeteilt werden. Also Betreuungsangebote weiter ausbauen und Eltern- und Pflegezeiten einführen.

Was ist Dir noch wichtig?

Mehr Geld in Bildung und Familien zu investieren. Bildung soll gebührenfrei sein von der Kita bis zum Master oder zur Meisterprüfung. Der Bund soll in Schulen investieren dürfen – auch in die Gebäude und Ausstattung. Außerdem ist mir wichtig, dass Rentenniveau, Beiträge und vor allem das Renteneintrittsalter stabil bleiben.

Und für unsere Hansestadt?

In den vergangenen vier Jahren gehörte Lübeck deutschlandweit zu den Wahlkreisen, die am meisten Förderung erhalten haben. Rund 840 Mio. investiert der Bund in den nächsten Jahren allein in den Elbe-Lübeck-Kanal. Das schützt die Umwelt, stärkt unsere Wirtschaft und hilft dem Lübecker Hafen. Dafür habe ich mich stark gemacht. Das will ich auch weiterhin tun.

Was gefällt Dir an Schlutup?

Das schöne Alt-Schlutup mit den alten Fischerhäusern und den schmalen Straßen und Gassen. Der Blick über den Hafen und die Trave, überhaupt die schöne Lage am Wasser mit Blick über die Wyk und die viele Natur rund um Schlutup aber auch mitten im Stadtteil. Ich freue mich auch schon wieder auf Euren Herbstmarkt, dessen Schirmherrin ich schon sein durfte. Die vielen Stände der Kunsthandwerker finde ich einfach toll.

Und was gefällt Dir weniger?

Die eingeschränkten Einkaufsmöglichkeiten, wenn man vom Wochenmarkt am Mittwoch einmal absieht. Ich kann mir vorstellen, dass das für manche Bürgerinnen und Bürger ein Problem ist.

Gabriele, wir danken Dir für das Gespräch.

Herausgeber:

SPD-Ortsverein Schlutup
im Kreisverband Lübeck



Vorsitzender:
Harald Quirder
Tel. 0451692432

V.i.S.d.P: Harald Quirder



SPD

Gabriele
Hiller-Ohm

Gemeinsam. Gerecht. Gabi!



24. September



STICHLING

(Fortsetzung von Seite 1)

bereit, solidarisch zu sein, wenn auch andere solidarisch sind. Das heißt, wir sind bereit mehr für Europa zu tun, auch mehr in den Haushalt einzuzahlen, weil wir wissen, dass wir von einem starken Europa in so vielerlei Hinsicht profitieren.“ Auch bei diesem Thema wirft er der Union vor, sich der Auseinandersetzung mit einem wichtigen Zukunftsthema zu verweigern: „Es ist ein ausgewachsener Skandal, wenn sich eine Bundeskanzlerin hinstellt und sprichwörtlich sagt: Wir haben große Dinge mit Europa vor, aber dazu sage ich erst mehr nach der Wahl. „Ich“, so Schulz, „sage vor der Wahl was wir vorhaben!“ Er möchte einen Investitionsfond für die Eurozone und einen europäischen Finanzminister, der die Steuerflucht in Europa bekämpft. Schulz will investieren, um den Jugendlichen in Südeuropa endlich eine Perspektive auf Arbeit zu bieten. Die Sozialdemokratie setze auf ein Europa der Abrüstung und auf eine gemeinsame Steuer- und Klimapolitik. „Es wird die Politische Union der Vereinigten Demokratien von Europa sein, die den größten Raum der Freiheit, der Sicherheit, des Wohlstands und des Rechts in der Welt darstellt. Ich bin überzeugt: Europa kann das. Europa kann mehr.“

Mit seinem Plan zeichnet der SPD-Kanzlerkandidat den scharfen Kontrast zum konservativen Stillstand. „Durchwurschteln“ á la Merkel will Schulz nicht. Er will „das moderne Deutschland“ in einem starken, geeinten Europa.

Jetzt liegen die Programme auf dem Tisch. Das sind die Unterschiede:

SPD	CDU&CSU
<ul style="list-style-type: none"> ■ unbefristete Jobs, tarifgebunden, gut bezahlt. Lohngerechtigkeit für Frauen und Männer. Managergehälter deckeln. ■ Gute Renten, stabiles Rentenniveau, kein höheres Renteneintrittsalter, Solidarrente. ■ Gute Gesundheitsversorgung für alle, gerecht finanziert: die Bürgerversicherung. ■ Bildung gebührenfrei, Investitionen in Schulen und Betreuung. ■ Steuern und Abgaben: Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen entlasten, vor allem Familien. ■ Gut ausgestattete Bundeswehr- aber keine Rüstungsspirale. ■ Mutige Reformen für ein starkes und einiges Europa. 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Mindestlohn aufweichen, sachgrundlose Befristung beibehalten. ■ Arbeiten bis 70, Rentenniveau absenken = Altersarmut. ■ 2-Klassen-Medizin, Arbeitnehmer zahlen mehr als Arbeitgeber. ■ Kein Plan gegen bröckelnden Putz. Eltern sollen weiter zahlen. ■ Steuergeschenke für Spitzenverdiener und reiche Erben. ■ 30 Mrd. pro Jahr zusätzlich für Panzer und Drohnen. ■ 12 Jahre Spaltung in Europa - ohne Plan für die Zukunft.

Quelle: SPD



DIE ZEIT IST REIF: MEHR GERECHTIGKEIT WAGEN!

LANDTAG STARTET IN NEUE WAHLPERIODE

ZWEI LÜBECKER SPD-ABGEORDNETE IN KONSTITUIERENDER SITZUNG ZU NEUEN AUSSCHUSS-VORSITZENDEN GEWÄHLT

Zum Vorsitzenden des Finanzausschusses wurde Thomas Rother gewählt. Er berichtet über seine neue Aufgabe: „Der Finanzausschuss ist sehr wichtig, weil er alle wesentlichen finanziellen Entscheidungen des Landes begleitet. Grundlage sind die dafür vom Finanzausschuss geführten Haushaltsberatungen. In einem Unterausschuss werden alle Belange der Beteiligungen des Landes erörtert. Hierzu gehören auch die Zukunftsfragen bezüglich der HSH Nordbank oder die öffentlich-private-Partnerschaft zur baulichen Erneuerung des UKSH. Die Haushaltsprüfgruppe arbeitet die Bemerkungen des Landesrechnungshofes ab und macht dem Landtag über den Finanzausschuss einen



Die Lübecker SPD-MdLs Thomas Rother, Wolfgang Baasch und Kerstin Metzner

Vorschlag, zur Aufarbeitung der Prüfbemerkungen.“

Wolfgang Baasch wurde zum Vorsitzenden des Europaausschusses gewählt: „Der Europaausschuss ist sehr wichtig, weil er für die engen Kontakte zwischen dem schleswig-holsteinischen Parlament mit den EU-Institutionen steht. Zudem geht es um die Verstärkung der Zusammenarbeit mit unseren europäischen Nachbarn. Angesichts der Bedrohung durch rechte Parteien, wird die Stärkung einer europäischen Solidargemeinschaft immer wichtiger. Europa ist die Antwort auf viele drängende Fragen unserer Zeit.“



SPD

Gabriele Hiller-Ohm

Gemeinsam. Gerecht. Gabi!



24. September



Bald wieder Kunsthandwerkermarkt mit Herz in Schlutup

Am 29. Oktober um 10:00 Uhr heißt es zum 23. Mal, „der Schlutuper Herbstmarkt ist eröffnet“. Als Schirmherr des Marktes konnte der Vorsitzende der SPD-Bürgerschaftsfraktion, Jan Lindenau, gewonnen werden. Wie gewohnt wird er auf dem Handwerkermarkt mit Herz auch präsent sein und den Ausstellern und Besuchern die eine oder andere Frage beantworten.

Das vielfältige Angebot der Hobbyhandwerker reicht wieder von selbstgeähter Kleidung über Dekorationsartikel bis hin zu Honigprodukten direkt vom Imker, mit Kinderschminken und einem bunten Rahmenprogramm.

Für das leibliche Wohl sorgen wieder die AWO Schlutup und der SPD Ortsverein Schlutup. Die Einen mit Grillwurst und Erbsensuppe, die Anderen mit Kaffee, Kuchen und Waffeln direkt aus dem hei-



Ben Waffeleisen. Ungeachtet der Wetterlage ist ein Besuch beim Schlutuper Herbstmarkt in jedem Fall ein Erlebnis, das man nicht verpassen sollte.

Mit dem Erlös der Veranstaltung werden dieses Jahr die allseits beliebten Schlutuper Travesänger unterstützt. Es soll eine neue Verstärkeranlage angeschafft werden, da die alte abgängig ist. ■



Der rote Briefkasten für Erfahrungen und Ideen

So manchem ist sicherlich der rote Briefkasten in der Mecklenburger Straße, Ecke Küterstraße schon aufgefallen. Jan Lindenau, der Bürgermeisterkandidat der SPD hat ihn dort aufgestellt, um die Meinungen und Ideen der Bürgerinnen und Bürger Schlutups zu erfahren. Jeder, der ein Anliegen oder eine Idee hat, kann diese aufschreiben und dort einwerfen. Lindenau ist es besonders wichtig zu erfahren: Was muss sich aus der Sicht der Bürgerinnen und Bürger in Lübeck ändern? Er möchte mit den Bürgerinnen und Bürgern zusammen an unserer Stadt bauen, in der

soziale Verantwortung und wirtschaftliche Vernunft zusammen das Fundament einer lebenswerten Gesellschaft bilden. Der Respekt vor der Lebensleistung der Älteren, Verständnis für die Bedürfnisse der Jüngeren und Unterstützung für Kinder und Eltern sollen den Alltag prägen.

Lindenau hat 13 solcher Briefkästen in den Stadtteilen aufgestellt. Eine erfrischende Idee mit den Bürgerinnen und Bürgern in einen Dialog einzutreten. Es gilt zu hoffen, dass möglichst viele von diesem Angebot auch Gebrauch machen. ■

Wer darf am 24. September Wählen und wo geht das in Schlutup?

Am 24. September 2017 entscheiden die wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Stimmabgabe über die Zusammensetzung des 19. Bundestages.

Wählen kann nur, wer in das Wählerverzeichnis eingetragen ist oder einen Wahlschein hat.

Jede Wählerin und jeder Wähler hat zwei Stimmen. Mit der Erststimme wird eine Wahlkreiskandidatin/ ein Wahlkreiskandidat gewählt. Im Wahlkreis ist gewählt, wer die meisten Erststimmen erhalten hat. Mit der Zweitstimme wird eine Landesliste gewählt. Die Anzahl der Zweitstimmen entscheidet über die Sitzverteilung im neuen Bundestag.

Aktiv wahlberechtigt ist jeder Deutsche, der am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet hat und irgendwann nach Erreichen des 14. Lebensjahr und innerhalb der letzten 25 Jahre mindestens drei Monate lang ununterbrochen in der Bundesrepublik Deutschland (oder der Deutschen Demokratischen Republik) gelebt hat.

Des weiteren wählen dürfen im Ausland lebende Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit, -die aus anderen Gründen persönlich und unmittelbar Vertrautheit mit den politischen Verhältnissen in der Bundesrepublik Deutschland erworben haben und von ihnen betroffen sind- so die etwas schwammige Regelung im Bundeswahlgesetz.

(Im Ausland lebende Deutsche erfahren beim Bundeswahlleiter, wie sie an der Bundestagswahl teilnehmen können.)

Wo ist mein Wahllokal?

Die Wahllokale für die Schlutuper Wahlbezirke 801, 802, 803 sind in der:

Willy-Brandt-Schule Krümming 36 A

Wer am 24. September nicht persönlich ins Wahllokal gehen kann, kann Briefwahl beantragen und im Wahlbüro im Rathaus abgeben oder per Post an das Wahlbüro, Breitestr. 62, 23539 Lübeck schicken. Die Wahlunterlagen zur Briefwahl werden dann übersandt. Sie können auch persönlich im Wahlbüro im Rathaus/Börsensaal abgeholt werden. ■



SPD

Gabriele
Hiller-Ohm

Gemeinsam. Gerecht. Gabi!



24. September



STICHLING

DIREKT aus dem BUNDESTAG

Ausgabe September 2017



Gemeinsam. Gerecht. Gabi!

Gabriele Hiller-Ohm



Voller Einsatz für unsere Hansestadt und mehr Gerechtigkeit in unserem Land

Liebe Schlüterinnen, liebe Schlüter,

am 24. September wird der Bundestag neu gewählt. Als Ihre Lübecker Bundestagsobgeordnete trete ich erneut als Kandidatin der SPD Lübeck zur Bundestagswahl an. Ich bin in Lübeck geboren und möchte nirgends anders leben. Mein Herz schlägt für unsere Stadt! Mit Schlüter verbinde ich viele Erinnerungen aus meiner Kindheit und Jugend – und bin immer gerne hier.

Lübeck konnte in den letzten Jahren überdurchschnittlich von Bundesmitteln profitieren. Ich will mich weiter dafür einsetzen und unsere Hansestadt voranbringen. Zusammen mit meiner Partei der SPD setze ich mich für gute und sichere Arbeit, gerechte Renten, mehr Zeit für die Familie, gebührenfreie Bildung und gerechte Steuern ein – ganz im Gegensatz zur CDU.

Dafür bitte ich Sie um ihr Vertrauen und Ihre Stimme bei der Bundestagswahl am 24. September.

Gabi Hiller-Ohm

So geht das – und so nicht:

SPD

- Unbefristete Jobs, tarifgebunden, gut bezahlt, Lohngerechtigkeit für Frauen und Männer, Managementgehälter deckeln.
- Gute Renten, stabiles Rentenniveau, kein höheres Renteneintrittsalter, Solidarrente.
- Gute Gesundheitsversorgung für alle, gerecht finanziert, die Bürgerversicherung.
- Bildung gebührenfrei, Investitionen in Schulen und Betreuung.
- Steuern und Abgaben: Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen entlasten, vor allem Familien.
- Gut ausgestattete Bundeswehr – aber keine Aufrüstungsspirale.
- Mutige Reformen für ein starkes und einiges Europa.

CDU&CSU

- Mindestlohn aufweichen, sachgrundlose Befristung beibehalten.
- Arbeiten bis 70, Rentenniveau absenken = Altersarmut.
- 2-Klassen-Medizin, Arbeitnehmer zahlen mehr als Arbeitgeber.
- Kein Plan gegen bröckelnden Putz, Eltern sollen weiter zahlen.
- Steuergeschenke für Spitzenverdiener und reiche Erben.
- 30 Mrd. pro Jahr zusätzlich für Panzer und Drohnen.
- 12 Jahre Spaltung in Europa – ohne Plan für die Zukunft.

11 Millionen Euro für Lübecker Bauwerke



Mehr als 11 Millionen Euro Bundesförderung konnte ich in der zu Ende gehenden Wahlperiode für Lübecker Bauprojekte mit erkämpfen. Bis zu 3,4 Millionen Euro sollen in die Umgestaltung der Untertrave fließen. Auch für die Förderung des Sportzentrums Falkenwiese in Höhe von 2,7 Millionen Euro habe ich mich eingesetzt.

Ein großes Anliegen ist mir auch die Sanierung der Lübecker Synagoge: Insgesamt drei Millionen Euro hat der Bund seit 2013 dafür bereitgestellt. Mit insgesamt einer Million Euro konnte die Sanierung des Heiligen-Geist-Hospitals

unterstützt werden. 550.000 Euro fließen für die Kellergewölbe des St. Annen-Museums, fast 300.000 Euro an das Hansesemuseum. Weitere 160.000 Euro gab es für die Saalkirche, 86.000 Euro für St. Andreas und 75.000 Euro für St. Aegidien. Ich will mich auch künftig weiter für „Lübeck-Millionen“ in Berlin einsetzen!

Spannende Wanderung durchs Lauerholz



Auf der Hundefreilauffläche an der Waldstraße haben wir uns angeschaut, wie gut die Interessen der Hundebesitzer und des Stadtwalds miteinander vereinbart werden konnten. Neben

Zu einer interessanten Wanderung durch das Lauerholz konnte ich vor Kurzem jede Menge Wanderfreundinnen und -freunde begrüßen. Unter Führung von Lübecks oberstem Förster Knut Sturm haben wir uns über die naturnahe Waldbewirtschaftung und den Erlebniswald Lauerholz informiert.

dem ehemaligen Tierparkgelände in Israelisdorf, wo wir uns über die Zukunft des Geländes ausgetauscht haben, stand auch euch eine Führung über den Mari-Hof auf dem Programm. In die Arbeit auf dem inklusiven Mari-Hof mit eigenem Hof-Café sind viele Menschen mit Behinderungen vorbildlich eingebunden.

Sicher und gerecht: Zukunft Rente und Arbeit – Was will die SPD?

Natürlich wollen alle im Alter so weiterleben, wie sie es gewohnt sind – und die meisten Menschen möchten auch nicht erst mit 70 Jahren in Rente gehen, wie es sich die CDU wünscht. Gleichzeitig sollen die Beiträge in die Rentenkasse die junge Generation nicht erdrücken. Das ist eine große Herausforderung, aber wir können sie meistern. Dafür hat die SPD ein schlüssiges Gesamtkonzept erarbeitet, nach dem einerseits das



heutige Rentenniveau von 48 Prozent stabil bleibt und nicht weiter absinkt, und bei dem andererseits die Beiträge für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen und Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen nicht über 22 Prozent steigen.

Damit beides geht, werden wir zum Beispiel dafür sorgen, dass mehr Frauen und Männer gute Löhne bekommen und auch Selbstständige in die Rentenkasse einzahlen können, wenn sie noch nicht abgesichert sind. Wer lange gearbeitet, aber wenig verdient hat, darf nicht genauso behandelt werden, wie jemand, der nie oder kaum gearbeitet hat. Mit der gesetzlichen Solidarrente wollen wir ein Alterseinkommen für langjährig Beschäftigte gewährleisten, das zehn Prozent über der Grundsicherung liegt.

Sichere Rente – durch gute Arbeit

Weiterhin gehören zur Förderung einer guten Rente familienpolitische Maßnahmen, wie eine noch bessere Kinderbetreuung und flexible Kindergartenzeiten auch an den Wochenenden. Mütter und Väter sollen so mehr Möglichkeiten bekommen, arbeiten gehen zu können. Entgegen kommen werden ihnen dabei familienfreundliche Arbeitszeitmodelle in Form einer Wahlarbeitszeit und der Anspruch auf eine befristete Teilzeit,

der ihnen das Recht auf die Rückkehr in die Arbeitszeit vor der Kinderbetreuung gibt. Auch durch solche Maßnahmen leisten wir einen Beitrag zu einer kinderfreundlichen Gesellschaft und einer besseren Rente. Denn wir erhöhen die Anzahl derer, die als Erwerbstätige in die Rentenversicherung einzahlen und ihren Beitrag zur Stabilisierung des Rentenniveaus leisten.

Ferner ist eine systematische Einwanderungspolitik, die hilft, den Fachkräftemangel zu bekämpfen, unabdingbar für ein gesellschaftspolitisches Rentengamtkonzept. Und natürlich eine starke Tarifbindung. Denn nur dadurch sichern wir gute Löhne für alle – und die wiederum bringen gute Renten!

Klar ist, wir müssen an vielen Stellen ansetzen. Aber es lohnt sich dann auch. Unser Angebot an die Wählerinnen und Wähler steht – ganz im Gegensatz zu dem, was die Union anbietet: keine Antwort zum Sinken des Rentenniveaus, Menschen mit geringem Einkommen „dürfen“ weiterhin zum Sozialamt gehen, keine Teilzeitbefristung, keine gleichen Löhne für Frauen, sachgrundlos befristete Arbeitsverträge, kein Zuwanderungsgesetz und höhere Beiträge für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer!

Unser SPD-Wahlprogramm kompakt – in einer Minute:

- Wir ermöglichen Eltern, berufliche und familiäre Aufgaben untereinander gerecht aufzuteilen – durch eine **Familienarbeitszeit** und mit Hilfe guter Betreuung in Kita, Hort und Ganztagschule. Wir entlasten Familien, indem wir bspw. die Kitagebühren abschaffen.
- Wir machen **Bildung gebührenfrei** – von der Kita über die Ausbildung und das Erststudium bis zum Master und zur Meisterprüfung.
- Wir investieren in unsere **Schulen** und schaffen das Kooperationsverbot ab, damit die Hilfe auch da ankommt, wo sie gebraucht wird.
- Für sichere Arbeit schaffen wir die **sachgrundlose Befristung** ab.
- Wir fördern durch gesetzliche Regelungen, dass Frauen und Männer den **gleichen Lohn für die gleiche Arbeit** erhalten.
- Wir stärken den **Gründergeist** durch mehr private und öffentliche Investitionen.
- Wir schaffen schnelles Internet und **„Breitband für alle“**. Dabei werden wir die Unterschiede zwischen Land und Stadt abbauen.
- Wir sorgen dafür, dass die Beiträge für die **Krankenversicherung** wieder zu gleichen Anteilen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern gezahlt werden.
- Wir werden das **Rentenbeitragsalter** nicht weiter anheben und das **Rentenniveau** stabil halten.
- Wir schützen die **Umwelt** durch effizientere Nutzung von Energie. Wir machen Deutschland zu einer treibhausgasneutralen Gesellschaft.
- Wir sorgen dafür, dass auch in den Metropolen die **Mieten** bezahlbar bleiben und der Erwerb von **Wohnraum** gefördert wird.
- Wir schaffen ein **Einwanderungsrecht**, um qualifizierte Fachkräfte zu gewinnen.
- Wir schaffen 15.000 neue Stellen bei der Polizei – und sorgen so für mehr **Sicherheit**.
- Wir wollen eine **europäische Verfassung**, die wirtschaftlichen Erfolg mit sozialem Fortschritt und mehr Demokratie verbindet.
- Wir sind gegen eine Erhöhung der Rüstungsausgaben, stattdessen werden wir eine **Abrüstungsinitiative** starten und den Export von Kleinwaffen außerhalb der EU und Nato verbieten.